

Flüchtlingsschiff aus Sabah

Ein völlig überfülltes Fischerboot mit 173 philippinischen Flüchtlingen wurde Anfang August von der philippinischen Marine in der Sulusee aufgegriffen und die Passagiere gerettet. Es waren überwiegend muslimische Familien aus Sabah, die z. T. mit brutalen Methoden außer Lande getrieben worden waren.

Seit dem ersten August dieses Jahres geht die malaysische Regierung besonders hart gegen ausländische (überwiegend philippinische und indonesische) Bewohner/innen ohne gültige Papiere (sogenannte illegale Migrant/innen) vor. Viele von ihnen werden unter menschen-

unwürdigen Bedingungen in Lagern zusammengepfercht und deportiert. Mindestens 13 Kinder sind dabei bereits ums Leben gekommen. Begründet wird das Vorgehen mit Sicherheitsbedenken — wahrer Grund dürften jedoch die abflauenden Wachstumsraten der malaysischen Wirtschaft sein. 612 Flüchtlinge wurden bislang in Notunterkünften auf der südphilippinischen Insel Mapun untergebracht.

Insgesamt 300.000 illegal Beschäftigte möchten die malaysischen Behörden loswerden. 64.000 Filipinas und Filipinos haben Sabah in den vergangenen Monaten bereits verlassen;

bis zu 80.000 weiteren steht möglicherweise ihre Deportation bevor. Anfang September hat Malaysia nach heftigen Protesten von philippinischer Seite die Deportationen vorübergehend eingestellt.

Die heutigen Bootsflüchtlinge haben Mindanao verlassen, als die MNLF (Moro National Liberation Front) 1970 ihren bewaffneten Kampf um die Unabhängigkeit aufgenommen hat. Zahlreiche philippinische Politiker/innen haben verlangt, dass die Philippinen nun ihren ruhenden Anspruch auf Sabah erneut aktiv verfolgen sollten.

Vgl. PDI 21.8., 29.8. und 1.9. 2002

Neue Sammlungspartei in der Linken gegründet

Im Schatten des Krieges der Regierung gegen die revolutionäre Bewegung haben sich mindestens 100 Mitglieder der dem RJ-Spektrum zugehörigen Parteien PMP, SPP, PPD und Vertreter der Bangsamoro zu einer neuen Vereinigung mit dem Namen Partido ng Manggagawang Pilipino/PMP (Partei der philippinischen Arbeiter/innen) zusammengeschlossen. Dies teilte Patricio Ramirez ein Sprecher der Gruppe am 25. August per e-mail mit. Er schrieb außerdem: »Mit der weit verbreiteten Anti-Terror-Hysterie, die die philippinische und US-

amerikanische Regierung angestachelt haben, wäre es für jeden Revolutionär klüger, von öffentlichen Stellungnahmen ab zu sehen und statt dessen an einer bewaffneten Aktion teil zu nehmen. Sie würden sich ohnehin nur den Ruf von Terroristen einholen.«

Er stellte klar, dass sich die bewaffneten Aktionen der PMP vom Geurillakampf der NPA unterscheiden würden.

»Unser Ziel ist es«, so Ramirez, »eine starke Bewegung unter Führung der Arbeiterklasse gegen die imperialistische Globalisierung, die Einmischung

der USA und die Arroyo-Regierung zu führen. (...) Die philippinische Gesellschaft ist ein sozialer Vulkan, der früher oder später ausbrechen wird, und die (PMP) wurde speziell zusammen geschlossen, um den spontanen Kämpfen, die ausbrechen werden, eine Richtung zu geben.«

Die neue Gruppe sieht sich in der Tradition des im vergangenen Jahr ermordeten Rebellenführers Felimon »Ka Popoy« Lagman.

vgl. PDI, 26.8.2002

Schlechte Zeiten für philippinische Arbeiter/innen

Arme Arbeiter/innen zahlen mehr Steuern als die Reichen. Senator R. Recto zufolge hat die Regierung in den vergangenen elf Jahren 608 Milliarden Pesos durch Einbußen bei der Einkommensteuer verloren. Recto bezog sich auf eine Studie der Regierung, die besagt, dass von den 81,8 Milliarden Pesos Einkommensteuer, die im Jahre 2000 eingenommen wurden, 63,8 Milliarden von den Löhnen der einfachen Arbeiter zurückbehalten worden waren. Selbstständige trugen lediglich 7,3 Milliarden bei, gerade einmal zwei Prozent des gesamten Steuereinkommens.

Ein Grund für die geringen Einnahmen sei die niedrige Basis — nur 2,8 Millionen

Steuerklärungen wurden im Jahr 2000 abgegeben, obwohl es etwa 15 Millionen fest angestellte Arbeiter/innen im Land gibt. 1,9 Millionen von ihnen haben Steuern abgeführt (1,35 Millionen davon sind in staatlichen Betrieben angestellt) — aber nur 536.000 Geschäftsleute und Akademiker/innen.

Eine neue Studie der amerikanischen Investmentbank Morgan Stanley kommt zu dem Ergebnis, dass die Philippinen im letzten Jahr Steuerausfälle in Höhe von 7,6 Mrd. US-Dollar zu verzeichnen hatten, die sich seit 1965 auf 205 Mrd. US-Dollar summieren.

Sechs Millionen der philippinischen Arbeitnehmer/innen

haben kein ausreichendes Einkommen und benötigen daher noch eine zweite Beschäftigung. Die Zahl der Unterbeschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr um mehr als zwei Prozent gestiegen; im April lag sie bei 19,6 Prozent der fast 30,2 Millionen registrierten Arbeiter. Etwa jede/r zweite Unterbeschäftigte ist in der Land-, Forst- oder Fischereiwirtschaft tätig, die anderen im Groß- und Einzelhandel, in der Herstellung und der Lagerung von Waren oder in den Bereichen Transport und Kommunikation. Knapp zwei Drittel von ihnen arbeiten weniger als acht Stunden am Tag.

Vgl. PDI, 5.8.02, Phil.Star, 1.7.02

nachrichten

Journalist gezielt erschossen

Der Fernsehmoderator und Zeitschriftenredakteur Sonny Alcantara wurde kürzlich von einem Unbekannten vor seinem Haus in San Pablo City erschossen. Das Attentat haben mehrere Personen gesehen, sie verweigern jedoch die Aussage aus Angst vor Repressalien. Alcantara hatte regelmäßig kritische Berichte über die lokale politische Opposition veröffentlicht. In den Wochen zuvor waren mehrere Drohungen gegen ihn eingegangen.

Seit Anfang 2002 wurden bereits eine Journalistin und ein Journalist auf den Philippinen ermordet. Obwohl es in beiden Fällen genügend Beweise dafür gibt, dass Angehörige des Militärs und der Polizei in die Morde verwickelt waren, wird nicht weiter ermittelt.

Vgl. Pressemitteilung v. Reporter ohne Grenzen, 23.8.2002

Geflutet

Am 8. August 2002 begann die Stauung von Wasser im Rahmen des nahezu fertiggestellten Großstaudamm San Roque in Nordluzon. Ein erstes Dorf wurde bereits überflutet. Mehr als 1600 Menschen, hauptsächlich ansässige Bauern und Kleinschürfer, versammelten sich zu einem »Volksgipfel« in Baguio City und forderten die Einstellung der Flutung, die Auszahlung der zugesagten Entschädigungen und die Annullierung des Vertrages der privaten Betreiberfirma mit der nationalen Strombehörde NPC.

Vgl. MT, 4.9.2002

nachrichten

Außen- und Bildungsminister treten zurück

Außenminister Teofisto Guingona und Bildungsminister Paul Roco sind aus der Regierung Arroyo ausgetreten.

Roco, ein möglicher Herausforderer von Arroyo bei der nächsten Präsidentschaftswahl, legte am 13. August sein Amt aufgrund von Korruptionsvorwürfen nieder. Er wies die gegen ihn erhobene Anklage der Veruntreuung von Geldern zurück und kritisierte, dass Arroyo diese vor eine Untersuchungskommission gebracht hatte, ohne ihn vorher persönlich darauf angesprochen zu haben. Er fasste es als einen Misstrauensbeweis der Präsidenten gegen ihn auf. Eine solche Art der öffentlichen Demütigung ist seiner Ansicht nach für eine Demokratie nicht angemessen.

Einen Monat zuvor hatte bereits Außenminister Guingona sein Amt nach grundlegenden Meinungsverschiedenheiten mit der Präsidenten bezüglich der amerikanischen Militärberater im Süden nieder gelegt.

Um den Staat zu stärken, forderte Roco mehr Macht für das Volk. Er gilt als aussichtsreicher Kandidat für die Präsidentschaftswahl im Jahre 2004. Schon 1998 war er angetreten und hatte nach Estrada und Arroyo die meisten Stimmen erhalten.

Vgl. *Business World*, 13.8.2002

Präsidentin Arroyo hat die Hinrichtung eines Vergewaltigers um 90 Tage verschoben — aus Anlass des Geburtstages von Jaime Kardinal Sin, dem Erzbischof von Manila. Das Todesurteil gegen Rolando Pagdayawon sollte ursprünglich am 30. August vollstreckt werden.

Arroyo hatte kürzlich die Vollstreckung der Todesstrafe wieder in Kraft gesetzt, nachdem sie vor zwei Jahren ausgesetzt worden war. Bis zum 8.

Januar 2003 sind noch weitere 22 Hinrichtungen vorgesehen. Die meisten Todeskandidaten sind Vergewaltiger.

Es wird vermutet, dass Arroyo die Unterstützung der einflussreichen katholischen Kirche — einer entschiedenen Gegnerin der Todesstrafe — nicht verlieren möchte und deshalb den 74. Geburtstag Jaime Sins zum Anlass nahm, eine Vollstreckung aufzuschieben. Sin hatte in einem Hirtenbrief das Ende des Morato-

riums scharf verurteilt. Trotz wachsender Unzufriedenheit mit ihrer Politik gehört der Erzbischof noch immer zu den Unterstützern Arroyos. 101 Abgeordnete des Repräsentantenhauses forderten unterdessen erneut, dass der Senat die Todesstrafe abschafft. 15 von 24 Senator/innen haben sich dazu positiv geäußert. (siehe auch: Von Schurken ..., S. 70ff.)

Vgl. *PDI* 24.8.2002

Schweiz gibt Marcosgelder frei

Die Schweizer Behörden haben erneut 17 Millionen US-Dollar der gesperrten Konten von Verwandten des früheren Präsidenten Ferdinand Marcos frei gegeben. Das Geld, welches unter dem Verdacht von Korruption zunächst eingefroren worden war, sei auf den Namen von Marcos' Neffe, dem ehemaligen Energieminister und Sekretär des Diktators, Geronimo Velasco, angelegt. »Es gibt keine gesetzliche

Grundlage, das Konto weiter zu sperren« erklärte der zuständige Staatsanwalt. Zudem hätten die philippinischen Behörden keinen Versuch unternommen, die Freigabe zu verhindern.

Bereits in den vergangenen Jahren war die Sperrung mehrerer Konten des Marcos-Clans aufgehoben worden. Somit hat Verwandtschaft des Ex-Diktators inzwischen den größten Teil ihres 1986 ge-

sperrten Geldes zurück erhalten. Schätzungsweise 10 Milliarden US-Dollar haben sie angeblich bis zum Sturz von Marcos auf ausländische Konten beiseite geschafft. Lediglich 10 Millionen davon sind mittlerweile noch auf Schweizer Banken eingefroren.

Vgl. *Agence France-Presse*, 9.8.2002

Demokratie gefährdet

Die philippinische Demokratie weist erhebliche Mängel auf. Das ergab eine Studie der Vereinten Nationen (*Human Development Report 2002*). Der Bericht weist darauf hin, dass die Welle der Demokratisierung aus den 1980er und 90er Jahren stagnierte und viele Länder in autoritäre Strukturen zurück fielen oder mit zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Spannungen konfrontiert sind.

Der Bericht erscheint in einer Zeit, in der die Philippinen mit zahlreichen Problemen zu kämpfen haben, die das demokratische System gefährden. Hierzu gehört unter anderem die hohe Zahl an Verbrechen, welche die Schwächen der Durchsetzung von Recht und Gesetz vor Augen führen, das wachsende Defizit im Staatshaushalt, das die Finanzierung

von Entwicklungsprogrammen wesentlich erschwert, die Korruption und vor allem die weit verbreitete Armut und die enormen Unterschiede in der Verteilung des Einkommens.

Dies alles verschärft die politischen und sozialen Spannungen und ist eine große Belastung für das gesamte System. Unter solchen Umständen werden die Rufe nach einer starken Führung immer lauter, festgeschriebene Rechte werden weniger durchgesetzt, und die Verlockung, wieder einen »starken Mann« einzusetzen, der die politischen und sozialen Misere lösen soll, ist groß.

Unter den 173 Ländern, deren Entwicklungsstand unter den Aspekten Lebenserwartung, Realeinkommen und Zugang zur Bildung betrachtet wurde, stehen die Philippinen an 77ster Stelle.

»Rund um die Welt sind sich die Menschen immer mehr bewusst, dass die Demokratie die Entwicklung — wie z.B. mehr Arbeitsplätze, Schulen und medizinische Versorgung für die einfache Bevölkerung — nicht voran getrieben hat.«, so der Herausgeber des UN-Berichtes.

An anderer Stelle heißt es: »Wenn eine demokratische Regierung nicht auf die Bedürfnisse der armen Menschen eingeht, neigt die Öffentlichkeit dazu, ein autoritäres System oder populistische Führer zu unterstützen, die behaupten, dass die Einschränkung ziviler Freiheiten zu wirtschaftlichem Wachstum sowie zu gesellschaftlicher Entwicklung und Stabilität führen.

Vgl. *PDI*, 5.8.2002